

Vorlage Stadtparlament

Datum 29. Oktober 2024
Beschluss Nr. 4399
Aktenplan 152.15.12 Stadtparlament: Interpellationen

Interpellation Jenny Heeb, Peter Olibet: Barrierefreie Schulhäuser, Kindergärten, Turnhallen und Tagesbetreuungen - Wo steht die Stadt St.Gallen?; schriftlich

Jenny Heeb und Peter Olibet sowie 44 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 20. August 2024 die beiliegende Interpellation «Barrierefreie Schulhäuser, Kindergärten, Turnhallen und Tagesbetreuungen – Wo steht die Stadt St.Gallen?» ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

1 Ausgangslage

Das Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz, BehiG; SR 151.3) ist seit dem 1. Januar 2004 in Kraft und konkretisiert den Verfassungsauftrag, Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen zu beseitigen oder zu verringern. Das Gesetz sieht unter anderem Massnahmen in den Bereichen der öffentlichen Bauten und Anlagen sowie im öffentlichen Verkehr vor. Das Gesetz wird konkretisiert durch die Behindertengleichstellungsverordnung (BehiV; SR 151.31) sowie zwei Verordnungen betreffenden die behindertengerechte Gestaltung des öffentlichen Verkehrs (VböV, SR 151.34; VAböV, SR 151.342). Bei der Beseitigung der Benachteiligungen sind Interessen der Wirtschaftlichkeit, des Umwelt-, Natur- und Heimatschutzes sowie der Verkehrs- und Betriebssicherheit abzuwägen (Art. 11 BehiG).

Wie der Stadtrat in seiner Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung der Motion «Gehbehindert – unbehindert – in der Stadt St.Gallen – Schaffung eines Unterstützungsfonds» dargelegt hat, ist die Umsetzung der Behindertengleichstellung von Gesetzes wegen vorzunehmen und deshalb in der Stadtverwaltung eine dauernde Aufgabe ([Vorlage des Stadtrats Nr. 3048 vom 15. August 2023](#))¹. Grundlage für die Gestaltung von Bauten und Anlagen bildet die Norm SIA 500 «Hindernisfreie Bauten». Sie gilt für die Projektierung und Ausführung von öffentlich zugänglichen Bauten, Wohnbauten und Bauten mit Arbeitsplätzen. Die Norm zielt darauf ab, jeden Bau für alle ohne Diskriminierung zugänglich zu machen. Die vornehmlich mit der Gewährleistung von hindernisfreien Bauten und Anlagen beauftragte Direktion Planung und Bau pflegt einen regelmässigen, konstruktiven Austausch mit Organisationen und Vereinen, die sich für die Rechte und Anliegen von Menschen mit Behinderung einsetzen. Die beteiligten Dienststellen unterhalten zu diesem Zweck interne Fachstellen, die als

¹ Das Stadtparlament hat diese Motion an seiner Sitzung vom 12. September 2023 entsprechend dem Antrag des Stadtrats nicht erheblich erklärt.

Schnittstelle sowohl innerhalb der Verwaltung als auch zu Interessenverbänden und Institutionen fungieren. Seit Jahren finden über diese Schnittstellen ein offener Dialog und Wissenstransfer statt.

Bestehende öffentliche Bauten und Anlagen werden sowohl im Rahmen des laufenden Unterhalts als auch bei Sanierungen im Sinne der Barrierefreiheit optimiert. Bei Neubauten bilden die geltenden Gesetze und Normen die Grundlage für die Planung. Im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens werden die Projekte auf die Einhaltung der geltenden Gesetze und Normen geprüft und beurteilt.

2 Beantwortung der Fragen

1. Welche Schulhäuser, Kindergärten, Turnhallen und Tagesbetreuungen in der Stadt St.Gallen sind derzeit vollständig barrierefrei zugänglich? Welche noch nicht?

Rund die Hälfte aller Schul- und Betreuungsbauten sind heute hindernisfrei erschlossen (vollständig 30 %, teilweise 20 %). Die Mehrheit der bestehenden Häuser wurde ursprünglich nicht barrierefrei gebaut. Die bestehende Gebäudestruktur erschwert damit oft eine einfache Umsetzung (bestehende Tragstrukturen, Leitungsführungen, Platzbedarf, Wendekreise, Treppenanlagen etc.). Gerade bei älteren Gebäuden stellt auch das Thema Denkmalschutz hinsichtlich Barrierefreiheit eine Herausforderung dar. Barrierefreiheit gemäss SIA Norm 500 wird bei Sanierungen von bestehenden Gebäuden (z.B. Primarschulhaus Schönenwegen, Primarschulhaus St.Leonhard, Oberstufenschulhaus Zil) indes stets mitgeplant und, soweit möglich, umgesetzt. Neubauten werden grundsätzlich barrierefrei geplant und realisiert (z.B. Primarschulhaus Riethüsli, Tagesbetreuung Hebel, Kindergarten Moosstrasse 57a, Tagesbetreuung Boppartshof). Ein Grossteil der heute noch nicht hindernisfrei erschlossenen Schul- und Betreuungsbauten sind Kindergärten. Sie sind vielfach in privaten Liegenschaften eingemietet, die die Anforderungen mitunter nicht erfüllen.

2. Welche konkreten Massnahmen plant der Stadtrat, um die fehlende Barrierefreiheit in allen Schulhäusern, Kindergärten, Turnhallen und Tagesbetreuungen zeitnah umzusetzen?

Wie der Stadtrat in seiner Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung der Motion «Gehbehindert – unbehindert – in der Stadt St.Gallen – Schaffung eines Unterstützungsfonds» dargelegt hat, bekennt er sich zur Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes (BehiG). Nach allgemeinem Rechtsverständnis besteht hier keine Wahl, sondern eine Pflicht. Bei Neubauten und Sanierungen stellt die Nachachtung der SIA Norm 500 einen fixen Bestandteil bereits in der Bestellung und dem darauf abgeleiteten Wettbewerbsprogramm dar. Falls ein vorzeitiger Bedarf ausgemacht wird, so wird dieser geprüft, abgewogen und, sofern verhältnismässig, vorzeitig zulasten der Erfolgsrechnung umgesetzt. Die Zusammenarbeit der relevanten städtischen Stellen mit den fachlichen und politischen Interessenvertretungen ist institutionalisiert und praxistauglich.

Auf Basis einer Bestandsanalyse werden Verbesserungen systematisch nach Priorität und Bedarf geplant und umgesetzt. Die Priorität liegt heute vornehmlich auf Verbesserungen bei Schulhäusern und Betreuungsbauten. Bei Bedarf werden im Einzelfall spezifische Massnahmen (z.B. bei Kindergärten) vorgenommen.

3. *Inwieweit werden Betroffene, Eltern, Schüler:innen und Lehrpersonen in die Planung und Umsetzung von Massnahmen zur Barrierefreiheit einbezogen?*

Die Zusammenarbeit mit den Fach- und Behindertenorganisationen ist seit Jahren institutionalisiert und konstruktiv. Anspruchsgruppen werden im Rahmen von Bauvorhaben zur Stellungnahme eingeladen (Procap fungiert als Interessenvertretung). Ein direkter Einbezug von Betroffenen, Eltern, Schülerinnen und Lehrpersonen findet in der Regel in Fällen statt, in denen situativ dringliche personenbezogene Massnahmen nötig sind (Beispiel Massnahmen Schulhaus Bürgli 2023).

Die Stadtpräsidentin:
Maria Pappa

Der Stadtschreiber-Stellvertreter:
Dario Schönenberger

Beilage:
▪ Interpellation vom 20.08.2024